

Rheinberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg



Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Furmann

Druck und Verlag
C. Thumanns Buchdruckerei,
Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6
gepaltene Zeile oder deren Raum berechnet und bis
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Bezugs-Preis
In unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen
und beim Bezuge durch die Post 1,00 Mark. Durch
den Briefträger oder durchs Wägen frei ins Haus gebracht
1,10 Mark.

Nr. 133

Fernsprecher

Dienstag, den 11. November 1930.

Nummer 37

36. Jahrgang

— Berlin, den 10. November 1930

Chronik des Tages.

Der deutsche Antrag auf Einbeziehung der Re-
ferenden in die Abrüstung ist von der Sitzung des
Völkerbundes unter Zustimmung Englands und der
Bereinigten Staaten mit 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt
worden.

Der Arbeitsschluß deutscher Verbände protestiert
gegen die von England wiederholte Verhängung des
Einkaufs-Deutsch-Verbots in den britischen Kolonial-
gebieten.

Im Plenarfall des Reichstags fand eine Zehn-
jahresfeier der Hochschule für Politik statt.

Am Sonntag finden in Deutsch-Oesterreich Neu-
wahlen zum Nationalrat statt.

Ein Stallbrand verursachte auf der Trabrenn-
bahn in Berlin-Mitte einen schweren Schaden. Sieben Renn-
pferde kamen in den Flammen um.

Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens der Tech-
nischen Hochschule in Zürich kürzte die Industrie und
Zehntel der Schweiz für den Jubiläumsspende 1 325 000
Franken.

Die Periode des schlechten Wetters, die seit eini-
gen Tagen wieder über Frankfurt eingestrichelt hat, hat ab-
schließliche Bestimmungen zur Folge gehabt. Selbst Paris
ist wieder auf das Meißer bedroht.

Das italienische Wasserflugzeug „Savona“, das
seit dem 3. November bemerkt worden war, ist an der
maritanischen Küste wohlbehalten wiedergefunden wor-
den. Es hatte wegen Benzinmangels auf offener See lan-
den müssen.

Im Hochwasser-Gebiet.

Von unserem in das Hochwassergebiet
entsandten Sonderberichterstatter.

— Frankfurt (Oder), 8. November.

A. B. Die berühmten „ältesten Leute“ im Oberlat
können sich nicht erinnern, ein derartiges Hochwasser
jemals erlebt zu haben, wie das vom November 1930.
Auch das Hochwasser von 1854 ist noch um einiges
aberrant gewesen!

Als die ersten Alarmnachrichten kamen, gin-
gen die Leute im Hochwasser-Riez wie sonst ruhig
schlafen, denn jedes Hochwasser feste wohl ihre Gärten
unter Wasser, bis in die Häuser jedoch war es bis-
her noch nicht eingedrungen. Es wurde ein böses Ge-
wogen! Mit unheimlicher Schnelligkeit kamen die Flut-
wellen heran, und am nächsten Morgen schon konnte
so manche Familie gerade noch aus dem Hause flüch-
ten. Der Hausrat blieb zurück. Und am Vormittag
kamen in vielen Straßen das Karrierer der Häuser
bis zu den Stubenböden im Wasser. Darin schwammen
Schuhe, Betten, Hühner. In den Straßen herrschte
schlimmster Schmutz; man versuchte zu bergen, was
möglich noch zu bergen ging. Viel war es nicht. Und
immer höher stieg die Flut!

Dann kamen die Schredensnachrichten:
Dort ist ein Deich gebrochen, ein anderer ist weich
geworden und läßt das Wasser durch. Zahlreiche Dörfer
sind geräumt, wichtige Gassen sind überflutet, haben
merkwürdig unter Wasser, wie etwa die Gasse in Frank-
furt-Guben, an der man kaum die Spitzen der Bäume
aus dem Wasser ragen sah. Ueberall trübselige Ge-
sichter; den Kindern allerdings ist die Katastrophe
ein Spiel. Ueberall paddeln sie auf Pfählen und Wä-
geln in den Straßen umher. Nicht immer ein ge-
heulendes Weingeln, denn die Wasserflut geht bis zu
den Metern.

Mehr als 50 Karriererwohnungen in Frankfurt
müßten geräumt werden, mit Hilfe und Not konnten
Elektrizitätswerk und Wasserwerk durch tätige Hilfe
der Reichswehrsoldaten gehalten werden. Es war ein
Kampf mit dem Reimer, Zentimeter um Zenti-
meter stieg das Wasser, und jeder aufgeschüttete Ball
war schon im nächsten Augenblicke zu niedrig. Ma-
chinen hat man durch große Holzbocke gehoben, die
Wahlgruben stehen mit hohen Wasserfluten fast bis
zum Leib im Wasser. In einer Stelle der nächst-
sten Güterbahn umspült die reizende Flut eine Reihe
von Eisenbahnwaggons, die nicht mehr rechtzeitig ge-
räumt werden konnten. In einigen Straßen fahren
die Kähne an den ersten Stockwerken der Häuser vor,
deren Fenster nur an die Stelle der Haustüren ge-
treten sind. Schiffahrt aber ist unmöglich, denn die
windigen Fluten umspülen bald den Bodenbelag der
Straßen.

Am der Straße nach Croßen sieht man ganze
Dörfer im Wasser liegen. Auf der Oberseite bei Cro-
ßen bietet sich ein zauberhaftes Bild dem Auge: Bis
zum Horizont dehnt sich nach allen Seiten ein riesi-
ges Meer, aus dem nur hier und da die Krone
eines Baumes emporragt. In Füßen der Höhe liegt
Croßen, das zu einem Klein-Benedig geworden ist.
Die mit Hilfe mehrerer Boote gebauten Not-
wege durch die Straßen wurden teilweise auch noch
durch Wasser überflutet, so daß sich fast in der ganzen
Stadt der Verkehr mit Röhren abwickelt. Nur der
Hauptplatz und einige angrenzende Straßen sind von

Wasser frei geblieben. Die Lage ist hofflos, 220
Grundstücke sind überflutet. Genossenschaftswohnungen
sind unbewohnbar, 22 Betriebe mit mehreren hundert
Arbeitern sind geschlossen. Es wird Wochen
dauern, bis das Hochwasser völlig abgelaufen und
einigermaßen der Schaden festsitzbar ist.

Man sieht, wie sich das Wasser in den Wänden
hochsaugt, die zum Winter nicht mehr ausströmen
können und an denen der Frost weitere Zerstörungs-
arbeit tun wird. Unter Lebensgefahr sind die Män-
ner in die Häuser gedrungen und haben, bis zum
Hals im Wasser stehend, mit großen Balken die Dächer
auf der oberen Straßenseite abgestützt, die das Wasser
aufsteigen ließe. Es sind Häuser dabei, die nicht
mehr bewohnbar gemacht werden können und zusam-
nenfallen werden!

Eigenartig ist hier der Menschenhaß. Viele
haben alles verloren, aber sie klagen nicht. „Was
sollen wir Ihnen geben?“ fragt Regierungspräsident
Dr. Singer, „Hoh“, lautet die Antwort, „damit wir
oben heizen können, denn unsere ganzen Brennholz-
mieten sind fortgeschwommen“.

Reich und Staat haben kein Geld zu großen
Notstandsaktionen. Es wird viel Mühsert geleistet
werden. Aber eins ist zu fordern und muß un-
bedingt durchgeführt werden: Der Kreis Croßen
gehört jetzt in die Reichshilfe, muß derer reichhaltig
werden, um nicht wirtschaftlich völlig zusammenzu-
brechen. Schon können in diesem Kreise die Staats-
Verwaltungen nur noch durch Aufnahme von
Schulden ausgeglichen werden. Aber auch die Ver-
schuldung hat einmal ein Ende und hier ist es nicht
mehr fern. Wieviele Dörfer sind in diesem Kreise
geschädigt! Die Kartoffelmieten sind erschöpft. Vielen
Landwirten sind die Futtermittel nicht geworden, die
Staaten sind ausgepöhl. Die Landwirte sind seit
einer Woche Tag und Nacht auf den Weiden. Es wird
ein trauriges Weihnachtsfest für viele Familien im
Dortale geben. Und noch eine Sorge haben die Land-
wirte: Am 15. November sind die Düngemittel-
wechsel fällig, deren Verfügbarmachung die Preis-
stöße abgelehnt hat. Ein selbsterklärender Akt der
Notilfe muß es jetzt sein, diese Wechsel zunächst um
einige Monate zu prolongieren, um den Dörfern des
Hochwassers Luft zu schaffen.

Mehrheit gegen Abrüstung.

Deutschlands Antrag auf Einbeziehung der Referen-
den mit 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Saare Er-
klärung Graf Bernstorffs.

— Genf, 10. November.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes hat
sich heute, den Nachmittags zu erörtern, daß auch in
den jetzigen Verhandlungen trotz der Londoner Sitz-
konferenz und trotz des Ausbruchs des Vertrags-
werks die Mehrheit der ihm angehörenden Staaten
eine wirkliche Abrüstung oder auch nur eine wirk-
same Begrenzung der Rüstungen nicht will! Gelegen-
heit dazu bot die Abstimmung über den von Aus-
schuß seit Mai 1929 vorgelegten deutschen Antrag,
der die geplante Herabsetzung der Dienstzeit als völlig
unzureichend erklärt und als wirksamere Maß-
nahme die Einbeziehung der ausgetriebenen Reserven
in die Abrüstung forderte.

Im einzelnen wollte der deutsche Antrag dieses
Ziel durch die Herabsetzung und Beschränkung des
jährlichen Truppenkontingents, die getrennte Angabe
der Ausbildungs- und der aktiven Dienstzeit sowie
endlich durch das Verbot der Stammrollen bzw. der
Einführung über Personen, die ihrer Dienstzeit ge-
nügt haben, erreichen.

Gleich zu Beginn der Debatte zeigte sich, daß
dieser deutsche Antrag die empfindlichste Stelle dieses
abrüstungsfeindlichen Gremiums getroffen hatte. Die
Delegierten Frankreichs, Japans, Belgiens und Ita-
liens traten gegen die deutsche Forderung auf. Vor-
deil vertrat sich in gewundenen Erklärungen, und
nur der Kaiser Mikasa trat offen für die deutschen
Vorschläge ein. Die Abstimmung ergab denn auch die
Ablehnung des deutschen Antrags mit zwölf gegen sechs
Stimmen.

Für den deutschen Antrag hatten Australien, Nor-
wegen, Schweden, Holland und China gestimmt, ge-
gen den Antrag u. a. Frankreich, Japan, Italien,
Belgien und die Türkei. Die Vertreter Englands
und der Vereinigten Staaten hatten sich der Stimme
enthalten.

Damit hat die von der Reichsregierung auf der
gegenwärtigen Tagung des Abrüstungsausschusses ver-
folgte Feststellungspolitik zur Klärung der künftigen
Schuldfrage bereits in einer entscheidenden Frage
der Abrüstung eine eindeutige Klarstellung erhalten.

Sogleich nach der Abstimmung erhob sich der Füh-
rer der deutschen Delegation und gab die Erklärung
ab, daß Deutschland an den Abstimmungen über die

weiteren Anträge zu dem Artikel über die Dauer der
Dienstzeit kein Interesse mehr habe.

Der Entwurf nicht die Sinte wert.

Was grundsätzlich zu sagen war, hatte Graf Bern-
storff bereits während der Debatte ausgeführt, als sich
die Einstellung des Ausschusses offenbarte; diese
Erklärung lautete:

Wenn eine Abrüstungskonvention die ausgebil-
deten Reserven ausläßt angesichts der Tatsache, daß
heute in einer Reihe europäischer Staaten der Mensch
von der Wiege bis zum Grab so behandelt wird, daß
er nur noch Soldat ist, dann ist eine solche Konven-
tion nicht die Sinte wert, die für ihre Unterzeichnung
verwendet wird.

Sicherheit nur durch Abrüstung.

Eine Abrechnung mit der Sabotagepolitik
Frankreichs.

— London, 10. November.

Staatssekretär J. D. Freyher von Meinhoben ver-
öffentlicht in der Londoner „Sunday Times“ einen Ar-
tikel, in dem er mit der bisherigen Sabotage der
Abrüstung ins Gericht geht. Freyher von Meinhoben
weist zunächst auf die schweren Opfer hin, die Deutsch-
land bei der Unterzeichnung der Locarno-Verträge ge-
bracht hat und fährt dann fort:

„Die Locarno-Verträge sind aber nicht nur ein
Sicherheitsakt für Frankreich gewesen. Sie enthalten
die feierliche Verpflichtung der Partner Deutschlands,
namentlich die Abrüstung vorwärts zu treiben. Selbst-
verständlich konnte Deutschland für den Osten nicht
dieselbe Abrechnung eingehen wie im Westen, da es die
im Osten gezogenen Grenzen niemals anerkennen
kann. Hier muß es sich aus zwingenden Gründen
seiner nationalen Existenz das Recht auf Revision,
das ihm nach Artikel 19 des Versailler Vertrages
zusteht, und das ihm in der Berliner Note vom 16.
Juni 1919 noch besonders bestätigt wurde, offenhalten.
Dah auch andere Mächte, namentlich England, die
Situation im Osten als eine andere als die im Westen
anfassen, zeigt die Tatsache, daß auch sie eine Ga-
rantie für den Osten ablehnten.“

Unter Hinweis auf den Kriegszustand vom
28. August 1928, mit dem 54 Staaten auf den Krieg
als Mittel zur Erreichung politischer Ziele verzichtet
haben, stellt Freyher von Meinhoben zusammenfassend
dann fest:

Wenn heute noch ein Staat die Forderung auf
Sicherheit erhebt, dann setzt er sich der Gefahr aus,
daß man hinter seiner Sicherheitsforderung andere
Absichten vermutet. Denn man müßte annehmen, daß
dieser Staat Sicherheit sagt und Abwehr gegen
die Entente sucht, die die notwendige Folge
des Fortschreitens der allgemeinen Friedenssicherung
ist. Die in der Vollversammlung des Völkerbundes
am 26. September 1928 angenommene Resolution
geht denn auch von dem Standpunkt aus,

„daß der gegenwärtige, durch den Völkerbundsvertrag,
durch die Friedensverträge, namentlich durch die aus die-
sen Verträgen resultierenden Rüstungsbeschränkungen ge-
wisser Staaten, gleichfalls die durch die Verträge von
Locarno geschaffenen Sicherheitsbedingungen es gestatten
würden, sofort eine erste allgemeine Konvention für die
Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen abzu-
schließen.“

Europa ist bereit für die Abrüstung! Daraus
ändert sich der Ausgang der Waffen vom 14. Sep-
tember nichts. Er zeigt den Weltzustand eines be-
siegten Volkes in schwerer Wirtschaftskrise und in dem
Gefühl, seinerseits aufs Meißer bedroht zu sein.
Ein Gehalten des bis an die Zähne bewaffneten
Frankreichs an seinem Rüstungsstand muß notwendiger-
weise dazu führen, daß der Ruf nach Sicherheit von
dem entwaffneten Deutschland erhoben wird.

Es mußt mehrheitlich an, wenn dort eine Stahl-
helmumgebung in Koblenz als Argument benutzt,
gegenüber der Friedensverträge die französischen Sicher-
heit auszusprechen. Was bedeutet der massenlose Stahl-
helm gegenüber der Entwaffnung Deutschlands und
gegenüber der Politik der deutschen Regierung, an
deren aufrichtiger Mitarbeit am Frieden und ihrem
Willen, Deutschland innerlich zu konsolidieren, nicht zu
zweifeln ist?

Nein, für die Sicherheit fehlt noch neben einer
Politik ehelicher Zusammenarbeit und größeren Ver-
ständnisses für unbedingten Lebens- und geistigen
Aufbau ablenkender härtester Volkes in Europa deut-
lich genug die allgemeine Abrüstung. Es ist Pflicht
und Aufgabe aller Staaten, daß dieses Ziel erreicht
wird, bevor das Vertrauen der Völker in feierlich über-
nommene internationale Verpflichtungen schwindet und
der Völkerbund selbst in seiner Existenz bedroht wird.